

Entschädigungssatzung der Stadt Eberswalde

Auf Grundlage der §§ 3, 24, 28, 30, 43 und 45 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) sowie der Verordnung über die Aufwandsentschädigungen und den Ersatz des Verdienstausfalls für ehrenamtliche Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse (Kommunalaufwandsentschädigungsverordnung – KomAEV) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde in ihrer Sitzung am 10.07.2025 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für die Entschädigung der Stadtverordneten, der sachkundigen Einwohner, der Ortsvorsteher und der Mitglieder der Ortsbeiräte sowie der Beiratsvorsitzenden und deren Vertreter in der Stadt Eberswalde.

§ 2 Grundsätze

Stadtverordneten, sachkundigen Einwohnern, Ortsvorstehern und Mitgliedern der Ortsbeiräte sowie Beiratsvorsitzenden und deren Vertretern wird nach Maßgabe der §§ 3 bis 7 zur Abdeckung des mit dem Mandat verbundenen Aufwands als Auslagenersatz eine Aufwandsentschädigung sowie Sitzungsgeld gewährt. Die Aufwandsentschädigung ist so bemessen, dass der mit dem Mandat verbundene erhöhte Aufwand pauschal abgegolten wird. Pauschal abgegolten sind insbesondere ein angemessener zusätzlicher Bekleidungsbedarf, Kosten für den angemessenen Bezug von Fachliteratur, Telefonate, Online-Recherchen etc. sowie unbeschadet des § 9 Absatz 2 Kosten für Fahrten innerhalb des Stadtgebietes, insbesondere zu Sitzungen.

§ 3 Zahlungsbestimmungen

- (1) Die Aufwandsentschädigung wird für einen Kalendermonat gezahlt. Sie kann nachträglich gezahlt werden. Die Zahlung beginnt mit dem ersten Tag des Monats, in dem das Mandat wahrgenommen wird. Sie entfällt mit Ablauf des Monats, in dem das Mandat endet. Nach einer Wiederwahl kann für einen Kalendermonat nur eine Aufwandsentschädigung gewährt werden. Wird ein Mandat für mehr als drei Monate nicht ausgeübt, so ist spätestens ab dem vierten Kalendermonat die Zahlung der Aufwandsentschädigung einzustellen.
- (2) Sitzungsgeld ist spätestens nach drei Monaten auszusahlen. Für mehrere Sitzungen an einem Tag darf nur ein Sitzungsgeld gewährt werden. Neben Sitzungsgeld darf Tagegeld nach reisekostenrechtlichen Bestimmungen nicht gewährt werden.

§ 4 Aufwandsentschädigung für Stadtverordnete und sachkundige Einwohner

- (1) Die monatliche Aufwandsentschädigung für Stadtverordnete beträgt 170 Euro.
- (2) Die monatliche Aufwandsentschädigung für sachkundige Einwohner beträgt 30 Euro.

§ 5 Zusätzliche Aufwandsentschädigungen

- (1) Vorsitzenden wird neben der Aufwandsentschädigung nach § 4 eine zusätzliche monatliche Aufwandsentschädigung gewährt:
1. für den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung in Höhe von 640 Euro
 2. für den Vorsitzenden des Hauptausschusses, soweit dieser nicht der hauptamtliche Bürgermeister ist, in Höhe von 560 Euro
 3. für die Vorsitzenden der Fachausschüsse in Höhe von 160 Euro
 4. für die Fraktionsvorsitzenden in Höhe von 160 Euro
- Stehen zusätzliche Aufwandsentschädigungen nach den Nummern 1, 3 und 4 nebeneinander zu, wird nur die höhere bzw. eine einfache Aufwandsentschädigung gewährt. Stehen zusätzliche Aufwandsentschädigungen nach den Nummern 1 und 2 nebeneinander, so ist die Aufwandsentschädigung nach Nummer 2 um 50 Prozent zu mindern.
- (2) Stellvertretern wird für die Dauer der Wahrnehmung besonderer Funktionen nach Absatz 1 50 vom Hundert der Aufwandsentschädigung der Vertretenen gewährt. Die Aufwandsentschädigung des Vertretenen ist entsprechend zu kürzen. Ist eine Funktion nach Absatz 1 nicht besetzt und wird sie daher von einem Stellvertreter in vollem Umfang wahrgenommen, so erhält dieser für die Dauer der Wahrnehmung 100 vom Hundert der in Absatz 1 genannten Beträge.

§ 6 Aufwandsentschädigung für Ortsvorsteher und Mitglieder der Ortsbeiräte

- (1) Ortsvorstehern wird eine monatliche Aufwandsentschädigung in Abhängigkeit der Einwohnerzahl des jeweiligen Ortsteils wie folgt gewährt:
- In Ortsteilen mit einer Einwohnerzahl
- | | |
|---------------------|-----------|
| bis 2.500 | 175 Euro |
| von 2.501 bis 5.000 | 350 Euro |
| über 5.000 | 525 Euro. |
- (2) Den Mitgliedern der Ortsbeiräte wird eine monatliche Aufwandsentschädigung in Abhängigkeit der Einwohnerzahl des jeweiligen Ortsteils wie folgt gewährt:
- In Ortsteilen mit einer Einwohnerzahl
- | | |
|---------------------|----------|
| bis 2.500 | 25 Euro |
| von 2.501 bis 5.000 | 30 Euro |
| über 5.000 | 40 Euro. |
- Die Aufwandsentschädigung wird nicht neben einer Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 gewährt.

§ 7 Sitzungsgeld

- (1) Stadtverordnete erhalten für die Teilnahme an Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sowie der Ausschüsse, deren Mitglieder sie sind, ein Sitzungsgeld in Höhe von 30 Euro. Dies gilt entsprechend für die Sitzungen der Ortsbeiräte. Ortsvorstehern oder ihren Stellvertretern kann für die Teilnahme an Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sowie der Ausschüsse ein Sitzungsgeld gewährt werden, wenn Angelegenheiten des Ortsteils berührt sind.

- (2) Einem Mitglied eines Gremiums nach § 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 wird für die Leitung der Sitzung ein doppeltes Sitzungsgeld gewährt, wenn der Vorsitzende an der Sitzungsteilnahme gehindert ist, es sei denn, das Mitglied erhält eine zusätzliche Aufwandsentschädigung nach § 5 Absatz 2.
- (3) Sachkundige Einwohner erhalten für die Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse, in die sie berufen sind, ein Sitzungsgeld in Höhe von 30 Euro.
- (4) Beiratsvorsitzende oder deren Vertreter erhalten für die Teilnahme an Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sowie der Ausschüsse ein Sitzungsgeld in Höhe von 30 Euro, wenn Maßnahmen oder Beschlüsse behandelt werden, die Auswirkungen auf den Aufgabenbereich des Beirates haben.

§ 8 Ersatz des Verdienstauffalls; Aufwendungen für Betreuung

- (1) Ein Verdienstauffall wird nicht mit der Aufwandsentschädigung oder dem Sitzungsgeld abgegolten. Der Verdienstauffall wird auf Antrag und nur gegen Nachweis erstattet; Selbständige und freiberuflich Tätige müssen den Verdienstauffall glaubhaft machen.
Für die Dauer der mandatsbedingten notwendigen Abwesenheit kann zur Betreuung von Kindern bis zum vollendeten zehnten Lebensjahr, wenn die Übernahme der Betreuung durch einen Personensorgeberechtigten während dieser Zeit nicht möglich ist, sowie zur Pflege von Angehörigen, sofern eine ausreichende Beaufsichtigung oder Betreuung anderweitig nicht sichergestellt werden kann, gegen Nachweis eine Entschädigung in Höhe von höchstens 10 Euro pro Stunde gewährt werden.
- (2) Der Verdienstauffall wird monatlich für höchstens 35 Stunden erstattet.
- (3) Der Anspruch auf Verdienstauffall ist nach Erreichen der Regelaltersgrenze ausgeschlossen.

§ 9 Reisekostenvergütung, Fahrtkostenerstattung

- (1) Für genehmigte Dienstreisen wird eine Reisekostenvergütung nach Maßgabe der Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes gewährt. Bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sind die für den hauptamtlichen Bürgermeister geltenden Regelungen maßgebend. Die Dienstreisen genehmigt der Hauptausschuss.
- (2) Fahrten innerhalb des Stadtgebietes, insbesondere zu Sitzungen, sind keine Dienstreisen im Sinne des Absatzes 1. Eine Erstattung der Kosten für diese Fahrten ist zusätzlich zur Aufwandsentschädigung im begründeten Ausnahmefall möglich, wenn die Grenzen des Stadtgebiets überschritten werden. Bei der Berechnung der Fahrtkosten sind die Sätze des Bundesreisekostengesetzes in der jeweils geltenden Fassung entsprechend anzuwenden. Ersatzweise können auch Fahrscheine für den öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung gestellt werden.

§10 Entschädigung für Aufwendungen zur Anschaffung von Informationstechnik und für weitere besondere Aufwendungen

- (1) Nehmen Stadtverordnete, sachkundige Einwohner, Ortsvorsteher und Mitglieder der Ortsbeiräte sowie Beiratsvorsitzende und deren Vertreter am elektronischen Datenaustausch, insbesondere an der papierlosen Gremienarbeit, teil, steht ihnen nach Abgabe einer

- schriftlichen, widerruflichen Einverständniserklärung und Abschluss einer Nutzungsvereinbarung gemäß Absatz 6 ein Auslagenersatz nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze zu.
- (2) Einmalig pro Wahlperiode wird Stadtverordneten, sachkundigen Einwohnern, Ortsvorstehern und Mitgliedern der Ortsbeiräte sowie Beiratsvorsitzenden und deren Vertretern ein Auslagenersatz für den Neuerwerb eines für den elektronischen Datenaustausch, insbesondere für die papierlose Gremienarbeit, geeigneten mobilen Endgerätes (Tablet, Notebook oder vergleichbare Geräte) in Höhe des tatsächlichen Anschaffungspreises, maximal bis zu 500 EUR, gewährt.
 - (3) Zur Erstattung weiterer besonderer Aufwendungen, insbesondere für gerätetechnische Kommunikationshilfen zum Ausgleich behinderungsbedingter Einschränkungen, die bei der Wahrnehmung der ehrenamtlichen Aufgabe erforderlich sind, kann auf Antrag ein zusätzlicher Auslagenersatz gewährt werden.
 - (4) Auf Antrag an den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung wird der Auslagenersatz gemäß Absatz 2 gegen Vorlage eines entsprechenden Kaufbeleges gewährt. Der Antrag auf Zahlung des einmaligen Auslagenersatzes soll im Regelfall am Anfang einer Wahlperiode bzw. bei Antritt des Mandates oder der Berufung gestellt werden.
 - (5) Bei Beendigung des elektronischen Datenaustausches durch Widerruf der Einverständniserklärung, Kündigung der Nutzungsvereinbarung, Niederlegung des Mandates oder Abberufung ist der gezahlte Auslagenersatz anteilig im Verhältnis der Anzahl der verbleibenden vollen Monate der Wahlperiode zur Anzahl der Monate der gesamten Wahlperiode zurückzuerstatten.
 - (6) Zur Regelung des Datenschutzes und der IT-Sicherheit werden Nutzungsvereinbarungen geschlossen. Der Abschluss der Nutzungsvereinbarung kann durch die Stadt Eberswalde abgelehnt werden, wenn ein wichtiger Grund in der Person des Antragstellers vorliegt.

§ 11 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Eberswalde, den 11.07.2025

gez. Götz Herrmann
Bürgermeister